



Niedersachsens Weg zur Prävention von politisch motiviertem Extremismus Neue Broschüre gewährt Einblicke

Um die Demokratie langfristig vor politisch motiviertem Extremismus zu schützen, wurde 2016 in Niedersachsen das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte auf den Weg gebracht. Dort werden unbefristet mit jährlich 1,4 Millionen Euro Maßnahmen zur Prävention von Rechtsextremismus, Linksextremismus und sog. phänomenübergreifende Ansätze gefördert.

Einen Überblick über Auftrag, Struktur und Fördermaßnahmen gibt jetzt eine neue Informationsbroschüre des Landesprogramms. In der Broschüre finden Sie auch Hinweise zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und Fördermöglichkeiten, Informationen zur Arbeit des landesweiten Netzwerks, weiterführende Links und Kontaktadressen.

Die Broschüre können Sie [hier](#) abrufen.

Justizministerin Barbara Havliza: *„Um gegen Extremismus erfolgreich vorzugehen ist es wichtig, zu reagieren und extremistische Taten konsequent zu verfolgen. Ebenso wichtig ist für unser Land, die Widerstandskraft gegen antidemokratische und menschenfeindliche Einflüsse zu stärken. Dazu brauchen wir wirksame Präventionsarbeit und gesellschaftlichen Zusammenschluss aller demokratischer Kräfte. Für beides steht das Landesprogramm.“*

Das Landesprogramm wird von fünf Landesministerien, zwölf zivilgesellschaftlichen Organisationen und einem Netzwerk von 380 Fachkräften gemeinsam getragen. Die inhaltlichen Themen sind in einem Katalog von 49 Handlungszielen festgehalten. Dieser Zielkatalog und aktuelle wissenschaftliche Handlungsempfehlungen geben die Leitlinien der niedersächsischen Prävention von politisch motiviertem Extremismus vor. Die im Rahmen des Programms geförderten Maßnahmen sollen dazu beitragen, bereits die Entstehung von extremistischem Denken und Handeln zu verhindern und Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu unterbrechen. Dafür werden laufend wissenschaftliche Erkenntnisse über Ursachen und Entstehungsfaktoren zusammengetragen und passgenaue Präventionsmaßnahmen entwickelt.

Das ressortübergreifende Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte ist geschäftsmäßig über eine Koordinierungsstelle im Landespräventionsrat im Justizministerium angesiedelt. Mehr Informationen und den Zielkatalog des Programms finden Sie auf den Webseiten der Koordinierungsstelle.

[Themenschwerpunkte - Koordinierungsstelle Landesprogramm gegen Rechtsextremismus](#)

Nr. 29/21 / Christian Lauenstein		
Pressestelle Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-5044 Fax: (0511) 120-5181	www.mj.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de Instagram: nds.justizministerium